



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** Postulat von Marie-Theres Beeler, Grüne Fraktion: Politische Handlungsmöglichkeiten gegen die Mengenausweitung im Gesundheitswesen

**Autor/in:** [Marie-Theres Beeler](#)

**Mitunterzeichnet von:** Bänziger, Brenzikofer, Frommherz, Gosteli, Kirchmayr, Vollgraff, Werthmüller und Wiedemann

**Eingereicht am:** 5. März 2015

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Die Steuerungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen sind sehr begrenzt, insbesondere im Bereich der stationären Versorgung. Aufgrund der Finanzierung durch Krankenkassen und Kanton gibt es für PatientInnen kaum Anreize, auf Behandlungen zu verzichten, deren Verhältnismässigkeit fragwürdig ist.

Von Seiten der Spitäler, die in einem gegenseitigen Konkurrenzkampf stehen, ist es wiederum interessant, möglichst viele PatientInnen zu gewinnen, Fallzahlen für Behandlungen zu steigern und dabei durchaus in Kauf zu nehmen, dass den Kassen und der öffentlichen Hand massive und stetig steigende Kosten entstehen, deren Nutzen zum Teil zweifelhaft ist.

Das Instrument der Spitalliste ist offenbar kaum geeignet, um einer unsinnigen Mengenausweitung durch entsprechende Auflagen entgegen zu treten. Die Frage ist, welche Steuerungsinstrumente geeignet und realisierbar sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Im Juni 2014 wurde von Rahel Bänziger bereits ein Postulat ([2014-225](#)) eingereicht, das den Regierungsrat auffordert, seine Steuerungsmöglichkeiten optimal einzusetzen. Die zunehmende Einsicht über die Grenzen einer Steuerung durch die Spitalliste fordert die Politik heraus, alle Steuerungsinstrumente zu überprüfen und einzusetzen oder neue zu entwickeln, wo die vorhandenen nicht greifen. Insbesondere gilt es auch die Möglichkeit einzubeziehen, auf Bundesebene Massnahmen (beispielsweise mittels einer Standesinitiative) zu fordern.

**Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, welche Instrumente zur stetigen Mengenausweitung im Gesundheitswesen wirksam sind und wie er beabsichtigt, diese zur Dämpfung der Kosten im Gesundheitswesen einzusetzen.**